

## **Bundeswehr-Werbung im Kaifu-Bad: Eimsbütteler Empörung wächst**

Im Hamburger Kaifu-Bad sorgt ein Bundeswehr-Werbebanner am Sprungturm für Empörung bei Linken und fordert eine Zivilklausel.

Die Debatte über zunehmende Militärwerbung in öffentlichen Einrichtungen hat in Hamburg-Eimsbüttel eine neue Dimension erreicht. Im Kaifu-Bad wurde ein Banner der Bundeswehr entdeckt, das für Karrieremöglichkeiten in der Marine wirbt. Diese Art der Werbung wird nicht nur als ungewöhnlich betrachtet, sondern wirft auch ethische Fragen auf, insbesondere in einem Stadtteil, der stark von friedenspolitischen Initiativen geprägt ist.

### **Der Sprungturm im Fokus**

Der Sprungturm im Kaifu-Bad hat sich zu einem Schauplatz für eine konträre Diskussion entwickelt. Die Bundeswehr hat dort ein Werbebanner angebracht, um junge Menschen für eine Laufbahn in der Marine zu gewinnen. Diese Art der Rekrutierung in einem Umfeld, das vorwiegend von jugendlichen Schwimmern frequentiert wird, hat zahlreiche Bürger und insbesondere Linke aktiviert.

### **Reaktionen aus der Politik**

Unter den politisch aktiven Bürgern sind die Mitglieder der Linken besonders empört über die Präsenz des Werbebanners. Sie argumentieren, dass dies gegen die UN-Kinderrechtskonvention verstößt, die schützt, dass Minderjährige

nicht zum Militärdienst herangezogen werden dürfen. Der Einsatz solcher Werbemittel an einem Ort, der für viele Familien und Kinder einen Freizeitwert hat, wird als zynisch erachtet.

## **Stimmungsbild der Öffentlichkeit**

Die Reaktionen der Besucher und der Öffentlichkeit auf die Werbung haben bislang kaum zu Beschwerden geführt. Michael Dietel, ein Sprecher von Bäderland, dem Betreiber des Kaifu-Bades, teilt mit, dass keine nennenswerten Einwände gegen das Banner geäußert wurden. Dies scheint die Empörung der Linken nur noch zu verstärken, da sie den Eindruck haben, dass ihre Bedenken nicht ernst genommen werden.

## **Initiativen für eine zivilere Ausrichtung**

Um auf ihre Besorgnis aufmerksam zu machen, haben die Linken beschlossen, eine kleine Friedensdemonstration vor dem Freibadeingang abzuhalten. Zudem planen sie, in der Bürgerschaft einen Antrag einzubringen, der eine zivilklausel für öffentliche Unternehmen fordert. Dieses Ansinnen zielt darauf ab, künftig eine klare Trennung zwischen zivilen und militärischen Aktivitäten in öffentlichen Räumen herzustellen.

## **Bedeutung der Diskussion**

Diese Debatte ist nicht nur lokal relevant, sondern spiegelt auch ein breiteres gesellschaftliches Thema wider: Die Verknüpfung von Freizeitgestaltung und Militärpräsenz in Form von Werbung. Aushänge wie das Banner im Kaifu-Bad werfen Fragen auf, wie Erwachsene und Kinder in unserer Gesellschaft mit militärischer Werbung umgehen sollten, insbesondere in Kinder- und Jugendlokalen. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Diskussion entwickeln wird und ob sie einen Wandel in der Wahrnehmung der militärischen Präsenz in öffentlichen Raumformaten herbeiführen kann.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**